

Abonnementpreis: Der unparteiische — jeden Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Berechnung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beilagen kostet monatlich 60 Pfg. bei den Ausgabestellen...

Landes-Anzeiger

Berlag: Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz.

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

Insertionspreis: Raum einer kleinen Korpusspalt 15 Pfg.; — Restraum (1/2spaltige Breite) 80 Pfg. — Bei Wiederholung großer Annoncen Rabatt. Bei Befehlen von Kunden wird man Insertionsbetrag (in Briefmarken) beifügen...

Telegraphische Nachrichten.

Reims. Der Landtag ist durch den Staatsminister Dr. Sillig eröffnet worden. Die angeforderten Vorlagen beziehen sich auf die Anlage von Eisenbahnen und die Errichtung des Goethe-Museums. Die Auffassung des Staats ist nach Feststellung des Reichsetats pro 1886/87. In dem die Eröffnung betreffenden Erlaß des Großherzogs wird die Erwartung ausgesprochen, daß die bedeutende socialpolitische Thätigkeit des Reiches auch für das Großherzogthum segensreich wirken werde.

Wien. Die hiesigen diplomatischen Kreise betrachten Serbien und Bulgarien als die gefährlichsten Elemente der europäischen Situation. Serbien und Bulgarien verhalten sich unbedingtenfalls als die gefährlichsten Elemente der europäischen Situation. Serbien und Bulgarien verhalten sich unbedingtenfalls als die gefährlichsten Elemente der europäischen Situation.

Zum 18. Januar. Werjen wir heute, am Jahrestage der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, einen Blick auf die Entwicklung, welche Deutschland seit seiner Wiedergeburt unter der Herrschaft Kaiser Wilhelms in seinem Innern genommen, so sehen wir, trotz mancher, hoffentlich vorübergehender Beschränkungen doch ein Emporblühen, das uns mit großer Zuversicht erfüllt.

Wenn ich schmerzlich waren wohl die Opfer, welche wir bringen mußten, damit das deutsche Reich in neuer Herrlichkeit wiedergeboren; gerade in letzter Zeit haben wir wohl Ursache genug gehabt, es lebhaft zu beklagen, daß Millionen kühner deutscher Söhne aus dem neuen Bunde ausgeschlossen wurden, allein — das Beste ist stets das Gute zu sein — und so wüßten wir es auch eingestehen, daß wir das Gute schwerlich erzielt hätten, wenn wir hartnäckig darauf bestanden wären, nur das Beste anzunehmen.

Wenn wir mit innigstem Danke dessen gedenken, was Kaiser Wilhelm mit dem Schwert in der Hand an der Spitze des deutschen Volkes geschaffen, wenn wir mit Stolz auf sein mit unergieblicher Glorie umwobenes Haupt blicken, so haben wir nicht minder Ursache, einen Blick zu werfen, der sich, nachdem er die mühsam und kraftvoll übernommene schwere Aufgabe seines Lebens vollendet, für den Rest seiner Tage das hohe Ziel gesetzt hat, ein Fort des Friedens zu sein und zu bleiben.

Die Wilhelm I. in der ersten Hälfte seiner Herrschaft ein ruhmgeliebter Kriegesheld war, so hat er sich in der zweiten Hälfte als ein Friedensfürst im edelsten Sinne des Wortes gezeigt. Nur wohlgedungen hatte er das Schwert gezogen gegen unsern Nachbarn im Westen Europa, gegen einen Nachbarn, der durch tausendfache Verletzungen bestimmt ist, unser Freund und Bundesgenosse zu sein. Doch als das nationale Werk vollendet, da war es Kaiser Wilhelm, der dem Nachbar die ritterliche Rechte entgegenstreckte zu Versöhnung, zum unbedingten Bunde, zu einem Bunde, der in dem Reigen und Treiben des politischen Lebens den festen Punkt des Friedens bildet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Die Handelskammer in Hanau hat einstimmig beschlossen, beim Bundesrat gegen die Branntweinmonopolvorlage vorzugehen und zwar erstlich im Interesse der dort bestehenden ansehnlichen Spiritus-Industrie, welche jährlich 1 1/2 Millionen Liter Aqueur und Branntwein im Werthe von etwa einer Million Mark absetzt und ferner aus prinzipiellen Gründen, welche es nicht billigen lassen, daß der Staat die gewerbliche Freiheit einengen und eine Industrie an sich nehmen, die seit Jahrhunderten in Bürger im Reiche verdient und Nahrung gab.

soß nach Berlin abgereist sein, um dort vom Reichskanzler für den Fall der Annahme des Monopols eine Ausnahmestellung und besondere Begünstigung und Berücksichtigung Nordhausens zu erlangen.

Zur Verlesung des Postetats im Reichstage ist von einer Anzahl von freisinnigen Abgeordneten folgender Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den verhandelten Regierungen zu empfehlen, den in der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung historisch beschäftigten weiblichen Beamten nach mehrjähriger, unbedingtem Dienste die feste Anstellung mit Personberechtigung zu gewähren.

Sonnabend Mittag fand eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt, die sich mit den in der Thronrede angeführten weiteren Maßnahmen zum Schutze der deutschen Bevölkerung in den preussischen Ostprovinzen befaßt haben soll.

Von den mancherlei Mittheilungen über die weiteren Fortschritte in der Schlichtung des Kirchenstreites ist jedenfalls so viel sicher, daß die Neuorganisation des Posener Episcopats binnen Kurzem bevorsteht und daß auch sonst noch wichtige Verhandlungen stattfinden. Der beste Beweis dafür ist, daß die Kirchenfrage in der preussischen Thronrede gar nicht erwähnt ist.

Aus München lauten die Mittheilungen über die Cabinettsangelegenheit verschiedenes. Nach der einen hat der König das Ansuchen des Ministeriums, seine Schloßbauern einzustellen, abgewiesen; das Cabinet bleibt aber trotzdem im Amte.

Der langjährige spanische Gesandte in Berlin, Graf Benomar, wird durch einen liberalen Politiker ersetzt werden. Der Abgang des Grafen erweckt in der Reichshauptstadt allgemeines Bedauern.

Wie in Hannover veranlaßt, sollen die diesjährigen Kaisermandate in der Gegend von Hameln stattfinden.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Reichsrath ist am 28. Januar nach Wien einberufen. Bei den Staatsberatungen im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident Tisza, daß im Allgemeinen im ganzen Staate eine Besserung zu verzeichnen sei.

Schweiz. In Genf beschäftigt man sich seit längerer Zeit mit dem Gedanken, eine schweizerische oder internationale Ausstellung abzuhalten. Ein aus 40 Mitgliedern bestehendes Comité hat nun jedoch beschlossen, diese Ausstellung in's Jahr 1888 zu verlegen, entgegen anderer Stimmen, welche sie im Jahre 1887 abzuhalten wünschten und nicht zu nahe an die Pariser Weltausstellung heranrücken lassen wollten.

England. Das conservative Ministerium Salisbury zeigt den Irländern die Härte. Es hat beschlossen, mehrere Bestimmungen des aufgehobenen irischen Zwangsgesetzes wieder in Kraft treten zu lassen, um vorgelagerte Bergbewohner einzelner Einwohner zu hindern. Nun wird sich die Lage im Parlament zu schärfen klären. Wachen die Barmen mit Maschinen gemeinsame Sache gegen Salisbury, so sind die Reumutigen da.

Rußland. In Petersburg haben in letzter Zeit wieder mehrere Rüstungsverhandlungen stattgefunden. Der Finanzminister Bunge hat mit seinen Finanzoperationen recht traurige Resultate erzielt und auch im laufenden Jahre ist das Defizit wieder recht bedeutend. Sobald man einen Ersatzmann für ihn hat, soll er abmarschieren. Die Verhandlung zwischen dem großen Alexander und dem kleinen Alexander — nach ihren persönlichen Leistungen muß man eigentlich den in Sofia als dem Größeren, wenn auch nicht den Größeren ansehen, steht noch ziemlich weit im Felde.

Spanien. Mehr noch als eine Schilderhebung der Republikaner, denen sie sich durch zahlreiche Verhaftungen zuvorzukommen bemüht, fürchtet die spanische Regierung einen Carlisten-Aufstand im Baskenlande. Sie kann dort schwer Maßregeln ergreifen, da die Basken sehr argwöhnisch sind und sofort verarmten würden, es handle sich um eine Befreiung ihrer Privilegien. Die Carlistenführer haben sich um Don Carlos in Venedig versammelt.

Serbien. Abgesehen sind die Großmächte mit ihren Abstützungsbedingungen. In den letzten Tagen kam eine Reihe Verhandlungen aus Serbien, nach welchen die friedliche Stimmung daselbst die Oberhand zu gewinnen schien. Jetzt hat der Ministerpräsident Garašanin das Abstützungsverlangen der Mächte abgelehnt, da Serbien sich vor Ueberraschungen hüten müsse, zumal die griechische Regierung will lieber abtreten, als abdrücken. Erwünscht sei, daß der serbisch-bulgarische Waffenstillstand am 1. März abläuft. Die Friedensverhandlungen könnten also so leicht ihren Anfang nehmen.

Bulgarien. Die Piroter Kirchenglocke, welche Fürst Alexander mit nach Sofia genommen, die er aber den Pirotern nachträglich bezogen will, hat in der That für die Bulgaren die Bedeutung einer Trophäe, denn dieselbe trägt die Aufschrift, daß König Milan sie der Stadt Piro zum Andenken an die Kriegserklärung an Bulgarien zum Geschenk gemacht habe. — Der vom Fürsten Alexander eingeleitete Bürgerkrieg von Piro ist nach dem Urtheil des serbischen Obergerichtshofes entstanden. Er soll die Bulgaren in den Händen der Serben geführt haben.

Aus dem Reichstage.

—an. Berlin, den 16. Januar. Präsident: von Wedell, Bisdorf. Am Bundesrathliche ist Riemand. Die Beratung der Anträge über die Polenauweisungen wird fortgesetzt. Abg. von Rheinbaben (freiconv.): Der Abg. Richter habe neulich erklärt, es handle sich in dieser Sache um eine nationale Frage und diese gelde vor dem Reichstage. Um eine nationale Frage handle es sich allerdings, aber durch den freisinnigen Antrag sei schwerlich der nationalen Sache genügt. Das Umfassen der Polenauweisung sei zu einer nationalen Gefahr geworden, und es war geboten, daß die Deutschen, indem sie sich der Ausländer

entledigten, wieder Herr im eigenen Hause wurden. Es sei nicht der Beweis erbracht, daß die Ausweisungsmassregel nicht im nationalen Interesse geboten war; ohne thatsächliche Unterlagen, die nur im Verneinlichen Abgeordnetenhanse gegeben werden könnten, werde die Maßregel an den Pranger gestellt.

Er warne vor der Annahme der Anträge; es könne das nur dazu dienen, dem Reichstage zu einem zweiten 15. December zu verhoffen. Die Mehrzahl des deutschen Volkes stehe in dieser Frage hinter dem Kanzler (Beifall rechts, Widerspruch links). Abg. Richter (frei.) entgegnet, auch nicht ein Schatten eines Grundes sei zu Gunsten der Ausweisungen vorgeführt worden. Ueber eine Million Polen blieben zurück und da sollten die Ausgewiesenen bewiesen, daß die deutsche Nation geschickt werde? Redner verteidigt die Freisinnigen gegen den Vorwurf des Mangels an Patriotismus. Es sei auch nicht sentimentale Schwärmerei, welche die Freisinnige Partei veranlasse, gegen die Ausweisungen Stellung zu nehmen, sondern die Massenhaftigkeit der Ausweisungen, die Härte, mit der die Maßregel gehandhabt werde, veranlasse seine Partei, Protest zu erheben. Eine große Reihe von Beschäftigten sei durch die Ausweisungen geradezu ruinirt worden; wenn man entziehe dem Handel nicht nur in gerundeter Weise notwendige Kräfte, sondern untergebe auch dem Credit. Mit dieser grausamen Maßregel werde die deutsche Ehre nicht gewahrt (Beifall links). Abg. Arquardsen (nationallib.) äußert als seine Ansicht, daß die Sache vor das preussische Abgeordnetenhaus gehöre. Ueber die Art und den Umfang der Ausweisungen lasse sich nur urtheilen, wenn Art und Umfang amtlich bekannt seien. Zur Beschlußfassung über die gestellten Anträge sei der Reichstag competent, die Nationalliberalen könnten aber für keinen der Anträge stimmen. Der socialdemokratische Antrag speciellere geradezu auf den Willen des Auslandes. Die preussische Regierung habe immer das deutsche Interesse und das Ansehen Deutschlands zu wahren verstanden, so daß Angriffe nach dieser Richtung unbegründet seien. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen). Abg. Spahn (Centrum) behauptet, die deutsche Nationalität sei nicht bedroht, denn sie stehe höher als die slavischen Völker. Die in culturlicher Beziehung vorgeschrittenen Völker hätten nichts von den hinter ihnen Stehenden zu fürchten. Massenauweisungen widerprüchen dem Völkervertr. Abg. v. Hammerstein (cons.): Die Mehrheit gegen die Ausweisungen hier im Hause bestehe aus einem Conglomerat von Parteien: Diebendrecht spreche im Namen der Majorität! Und dies Conglomerat finde sich im Reichstage zusammen, wo die Sache gar nicht entschieden werden könne. Gegen die Ausweisungen seien eine Anzahl von Fällen angeführt worden, die sich nicht controlieren lassen. Einige, die er kenne, seien sogar falsch dargestellt. Was die jüdischen Elemente anbelange, die von der Ausweisung betroffen worden, so habe die Alliance israelite in einer Sitzung, der auch Abg. Löwe beizugewohnt, dieselben in einer Weise beurtheilt, daß man deren Fernhaltung von Deutschland wünschen müsse. Der Präsident entscheidet mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses (Präsidentenwahl) vor, die Sitzung um eine Stunde, bis 3 Uhr Nachmittag, zu vertagen. Abg. Kayser (soc.) widerspricht, Abg. Windthorst (Centrum) unterstützt den Vorschlag, welcher darauf mit großer Mehrheit angenommen wird. — Um 3 Uhr 10 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Abg. Bayer (Wolfspartei) erklärt sich für den weitgehenden Antrag, den der Socialdemokrat. Der Umstand, daß die Ausweisungen mit den Verhandlungen über den Ausweisungsvertrag mit Rußland zusammenhängen, beweise, daß uns von Rußland Einrichtungen octroyirt werden sollten, von denen wir nichts wissen wollen. Es sei gesagt worden, daß das Ansehen des Reichstages durch die heutige Verhandlung leide; der Reichstag habe vor Allem die Aufgabe, die deutschen Rechte zu schützen. Die Aufgabe stehe noch vor der Wahrung des Ansehens des Reichstages. Abg. Junggren (Däne) und Langwerth von Simmern (Welfe) verurtheilen gleichfalls die Ausweisungen. Abg. Wöttcher (nat. lib.) weist mit Entschiedenheit den von Bayer gegen die Nationalliberalen erhobenen Vorwurf des Particularismus zurück. Die Ausweisungsmassregel sei eine harte, aber die politische Nothwendigkeit erfordere ein energisches Vorgehen gegen die politischen Bestrebungen auf Vordrängung deutscher Landestheile. Er sei überzeugt, daß die Ausweisungsmassregel nur eine Vorbereitung sein könne, daß andere Maßnahmen, Colonisation etc. folgen müssen. Komende Geschlechter würden nicht verstehen, wie gute deutsche Männer in dieser Frage eine solche Haltung einnehmen konnten. Es sei namentlich unbegrifflich, daß die Deutschfreisinnigen solche Proteste einbringen konnten. Wachen Sie darüber, daß der heutige Tag nicht ein verhängnisvoller für das deutsche Parlament werden möge! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Bismarck links). Abg. Windthorst: Die Maßregel verstoße gegen jedes menschliche Gefühl, ihre Durchführung sei Alles, nur nicht national. Herr von Hammerstein habe die Majorität ein Conglomerat von Parteien genannt; die Zusammensetzung deutschconservativ, freiconservativ, nationalliberal sei auch ein Conglomerat sonderbarer Art. Der Abg. von Hammerstein sagte, er würde Herrn Diebendrecht gen folgen, wenn die Socialdemokraten für das Branntweinmonopol stimmen würden. Ich will mich aber damit noch nicht gegen das Branntweinmonopol erklären, weil ich vielleicht Ansicht habe, Kaiserlich Königlich Schnaps-Oberstgen zu werden. (Stürmische Heiterkeit). Was man gegen die Polen unternehme, erinnere an den Vernichtungskampf der Indianer. Warum sei denn die Regierung nicht zugegen? Die Nationalliberalen seien doch zu ihrer Vertretung nicht dazum. Der Reichstag kann sein Ansehen nicht besser wahren, als wenn er unbekümmert um die Tageskunft und die bezahlte Presse an seinem Rechte festhält. Wenn es ungebührlich sei, einen Zweifel gegen die Willkür der Regierung auszusprechen, dann sei es vordem mit dem Deutschen Reich, dann können wir nach Hause gehen, denn wir würden uns hier nur lächerlich machen. Die Ausweisungen beziehen sich hauptsächlich auf die Katholiken, dabei bleibe ich stehen. Abg. Simonis (Welfe) verurtheilt ebenfalls die Ausweisungen. Man müsse darüber lachen, wenn behauptet werde, die paar Polen brächten der Nationalität Gefahr. Er begrüsse diesen Tag als den schönsten und herrlichsten seit 15 Jahren. Abg. Hammerstein (frei.): Die heutige Debatte zeige, daß der Reichstag an und für sich schon eine Bedeutung habe, auch wenn er nicht von der Sonne der Regierung beschienen werde. Ein hohes nationales Interesse solle auf dem Spiele stehen; er habe das nicht entbeden können. Die Regierung verweigere die Rede; das sei ein Grund mehr, sich um so schärfer auszusprechen. Es entspreche nicht dem